

AMTSBLATT

Amtliches Bekanntmachungsorgan

Jahrgang **2015**

Ausgabe - Nr. **37**

Ausgabetag **25.09.2015**

des Kreises Warendorf
der Stadt Ahlen
der Gemeinde Everswinkel
der Stadt Telgte
der Volkshochschule Warendorf
der Sparkasse Beckum-Wadersloh
der Sparkasse Münsterland Ost
der Wasserversorgung Beckum GmbH
der Stadtwerke ETO GmbH & Co. KG

Nummer	Datum	Gegenstand	Seite
STADT AHLEN			
246	21.09.15	a) Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 56.4 „Standort Blomag an der Warendorfer Straße“, 1. Änderung hier: Öffentliche Auslegung	531 – 532
247	21.09.15	b) Sitzung des Rates am 29.09.2015	533 – 535
248	23.09.15	c) Erlass einer Satzung über die Veränderungssperre für das Bebauungsplangebiet „Orkotten I“	536 – 540
SPARKASSE MÜNSTERLAND OST			
249	16.09.15	Aufgebot eines Sparbuches	541
KREISKIRCHENAMT GÜTERSLOH / HALLE			
250	10.08.15	a) Satzung zur Änderung der Friedhofssatzung für den Friedhof der Ev. Kirchengemeinde Beckum vom 10.08.2015	542 – 543
251	23.09.15	b) Satzung zur Änderung der Friedhofsgebührensatzung für den Friedhof der Ev. Kirchengemeinde Beckum vom 11.05.2015	544 – 545

Herausgeber: Kreis Warendorf – Der Landrat
Telefon: 0 25 81 / 53-10 32 Fax: 0 25 81 / 53-10 99
eMail: verwaltung@kreis-warendorf.de
Druck und Vertrieb: Kreis Warendorf
Haupt- und Personalamt Postfach 11 05 61 48207 Warendorf
Erscheint in der Regel zweimal monatlich (1. u. 3. Freitag)
bei Bedarf auch zusätzlich
Bestellungen auf kostenlosen Einzel- und Abonnementsbezug
sind an das Haupt- und Personalamt zu richten

Nr.	Datum	Gegenstand	Seite
-----	-------	------------	-------

KREIS WARENDORF

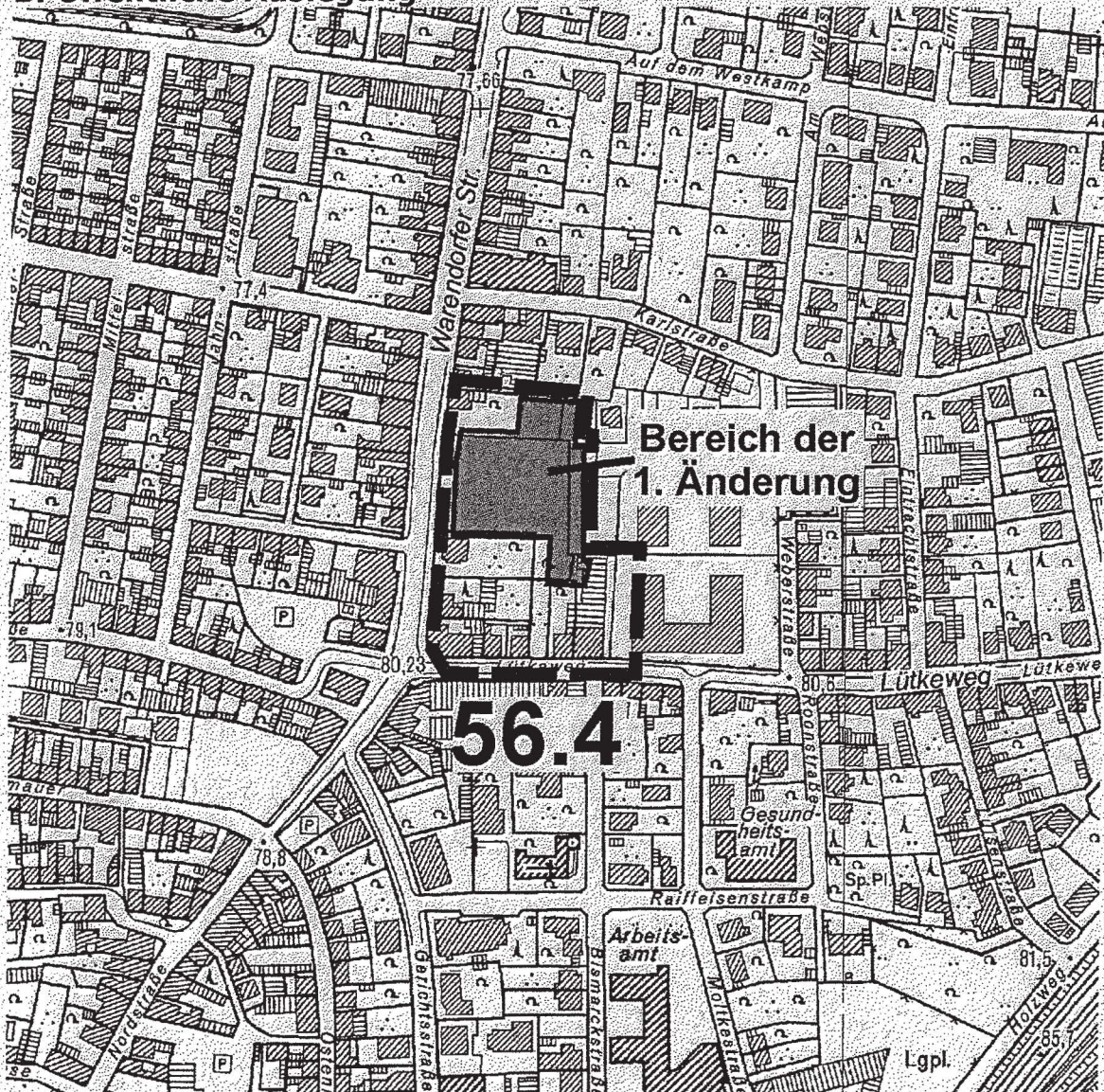
252	16.09.15	Öffentliche Bekanntmachung von Verwaltungs- Entscheidungen	546 – 547
-----	----------	---	-----------

Bekanntmachung der Stadt Ahlen

A. Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 56.4

„Standort Blomag an der Warendorfer Straße“, 1. Änderung

B. Öffentliche Auslegung



A. Der Rat der Stadt Ahlen hat in seiner Sitzung am 25.06.2015 gemäß § 2 (1) Baugesetzbuch (BauGB) die Aufstellung der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 56.4 „Standort Blomag an der Warendorfer Straße“ beschlossen.

Das Verfahren zur 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 56.4 gem. § 13 BauGB wird unter Anwendung der Vorschriften des § 13a BauGB (Bebauungspläne der Innenentwicklung) aufgestellt. Im vereinfachten Verfahren wird von der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4, von dem Umweltbericht nach § 2a, von der Angabe nach § 3 Abs. 2 Satz 2, welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind, sowie von der zusammenfassenden Erklärung nach § 6 Abs. 5 Satz 3 und § 10 Abs. 4 abgesehen.

B. Der Stadtentwicklungs- und Bauausschuss des Rates der Stadt Ahlen hat am 15.09.2015 gemäß § 3 (2) Baugesetzbuch (BauGB) die öffentliche Auslegung des Entwurfs des Bebauungsplanes Nr. 56.4 „Standort Blomag an der Warendorfer Straße“, 1. Änderung beschlossen.

Der ca. 5.300 m² große Geltungsbereich der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 56.4 beinhaltet die Grundstücke Warendorfer Straße 10 - 12 (ehemaliger Standort der Firma Blomberg) sowie 14 und umfasst dabei in der Gemarkung Ahlen, Flur 15 die Flurstücke 174 und 207.

Der Geltungsbereich der 1. Änderung wird wie folgt begrenzt:

Im Norden: Durch das Grundstück Warendorfer Straße 16 und die südlich der Grundstücke Karlstraße 2 und 4 verlaufende städtische Wegeparzelle (Flurstück 191).

Im Osten: Durch die Grundstücke Pater-Joseph-Schmidt-Straße 14 und 11 und Lütkeweg 11.

Im Süden: Durch die Grundstücke Lütkeweg 9 und 7 und Warendorfer Straße 8.

Im Westen: Durch die Warendorfer Straße.

Ziel und Zweck der Planung ist es, die planungsrechtlichen Voraussetzungen zu schaffen um die Brachfläche einer neuen Nutzung zuführen zu können.

Zur Beteiligung der Öffentlichkeit findet zu der o. g. Planung am

**Donnerstag, 01.10.2015, 18.00 Uhr,
im Rathaus, Sitzungssaal II,
Westenmauer 10, 59227 Ahlen**

eine Bürgerversammlung statt, zu der die Stadt Ahlen alle Interessierten und betroffenen Bürger einlädt.

Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 56.4 "Standort Blomag an der Warendorfer Straße", 1. Änderung mit Begründung liegt in der Zeit vom

05.10.2015 bis einschließlich 05.11.2015

bei der Stadtverwaltung Ahlen, Fachbereich 6, Stadtentwicklung und Bauen, Südstr. 41, 59227 Ahlen auf der 2. Etage in den Schaukästen während der Dienststunden öffentlich aus. Stellungnahmen – möglichst schriftlich oder zur Niederschrift – können hier während der Auslegungsfrist abgegeben werden.

Es wird darauf hingewiesen, dass nicht innerhalb der Offenlegungsfrist abgegebene Stellungnahmen bei der Beschlussfassung über diesen Bebauungsplan gem. § 4 a Abs. 6 BauGB unberücksichtigt bleiben können, sofern die Gemeinde deren Inhalt nicht kannte und nicht hätte kennen müssen und deren Inhalt für die Rechtmäßigkeit des Bebauungsplans nicht von Bedeutung ist.

Ein Normenkontrollantrag gegen den Bebauungsplan ist gem. § 47 Abs. 2 a VwGO unzulässig, wenn die den Antrag stellende Person nur Einwendungen geltend macht, die sie im Rahmen dieser öffentlichen Auslegung nicht oder verspätet geltend gemacht hat, aber hätte geltend machen können.

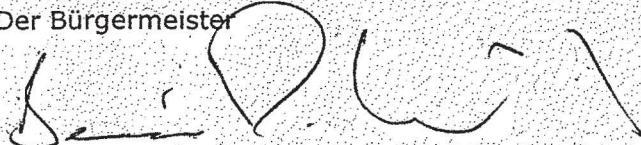
Die Unterlagen können während des o.g. Zeitraumes auch im Internet unter [www.ahlen.de / Bauen / Stadtplanung / Bebauungspläne](http://www.ahlen.de/Bauen/Stadtplanung/Bebauungspläne) eingesehen werden.

Bekanntmachungsanordnung

Der vorstehende Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 56.4 "Standort Blomag an der Warendorfer Straße", 1. Änderung wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

59227 Ahlen, 21.09.2015

Der Bürgermeister



Benedikt Ruhmüller

An die
Mitglieder
des Rates der Stadt Ahlen

Ahlen

Ahlen, 21.09.2015

Sehr geehrte Damen und Herren,

am **Dienstag, 29.09.2015 um 17:00 Uhr** findet im Ratssaal des Rathauses die nächste Sitzung des Rates der Stadt Ahlen statt.

Zu dieser Sitzung lade ich freundlich ein.

TAGESORDNUNG:

I. Öffentlicher Teil

- 1 Wahl der Mitglieder des Bauerschaftsbeirates
Vorlage: VO/0265/2015
- 2 Umbesetzung von Ausschüssen
hier: Jugendhilfeausschuss
Vorlage: VO/0330/2015
- 3 Umbesetzung von Ausschüssen
Vorlage: VO/0313/2015
- 4 16. Änderung der Hauptsatzung der Stadt Ahlen vom 30. Januar 1996
Vorlage: VO/0293/2015
- 5 Marktanalyse zur Gründung der Verkehrsgesellschaft Ahlen mbH
Vorlage: VO/0309/2015
- 6 Prüfbericht der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft für das Wirtschaftsjahr 2014
Vorlage: VO/0268/2015
- 7 Ermächtigungsübertragungen gem. § 22 GemHVO NRW für das Jahr 2014 in
das Jahr 2015
Vorlage: VO/0305/2015
- 8 Bereitstellung von überplanmäßigen Mitteln für den Haushalt 2015
Vorlage: VO/0278/2015

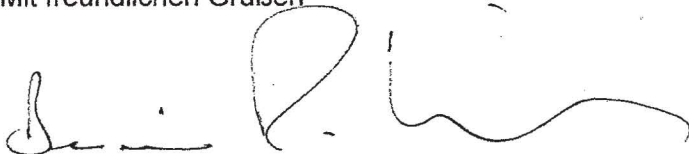
- 9 Bereitstellung von überplanmäßigen Mitteln für den Haushalt 2015
Vorlage: VO/0289/2015
- 10 Aufhebung des Sperrvermerkes bei der Investitionsnummer 02.4.013
"Ersatzbeschaffung NEF"
Vorlage: VO/0253/2015
- 11 Einbringung des Entwurfs der Haushaltssatzung 2016
- 12 Satzung zur 2. Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die
Benutzung der Einrichtungen des Rettungsdienstes der Stadt Ahlen
Vorlage: VO/0256/2015
- 13 Feststellung des Ergebnisses des Bürgerentscheids "Straßenumbenennung"
vom 16.08.2015
Vorlage: VO/0292/2015
- 14 Förderplan zur Gleichstellung von Frauen und Männern für die Stadtverwaltung
Ahlen
- Fortschreibung für die Jahre 2015 bis 2017
Vorlage: VO/0287/2015
- 15 Rahmenbedingungen zur Förderung der Kindertagespflege im
Zuständigkeitsbereich der Stadt Ahlen
Vorlage: VO/0266/2015
- 16 Teilnahme am Bundesprogramm "Sprach-Kitas: Weil Sprache der Schlüssel zur
Welt ist"
Vorlage: VO/0267/2015
- 17 Schulsozialarbeit an der Fritz-Winter-Gesamtschule
Vorlage: VO/0307/2015
- 18 Integriertes Handlungskonzept "Masterplan Ahleener Innenstadt im Dialog"
hier: Aufnahme des Marktplatzes und des Kirchhofes in das Gesamtkonzept
Vorlage: VO/0285/2015
- 19 Flächennutzungsplan-Änderung Nr. 006 zur Erweiterung des
Nahversorgungszentrums Dolberg
hier: 1. Beschluss über die während der Beteiligung gem. § 2 (2), § 3 und § 4
Baugesetzbuch (BauGB) eingegangenen relevanten Stellungnahmen
2. Feststellungsbeschluss gem. § 2 (1) BauGB
Vorlage: VO/0261/2015
- 20 Bebauungsplan Nr. 22.1 "Paul-Gerhardt-Kirche"
hier: Aufstellungsbeschluss gem. § 2 (1) Baugesetzbuch (BauGB) i. V. m. § 13a
BauGB
Vorlage: VO/0263/2015
- 21 Bebauungsplan Nr. 44.1 "Natur- und Gewerbepark Olfetal", 7. Änderung
hier:
1. Beschluss über die während der Beteiligungen gem. §§ 3 und 4
Baugesetzbuch (BauGB) eingegangenen relevanten Stellungnahmen
2. Satzungsbeschluss gem. § 10 BauGB
Vorlage: VO/0275/2015

- 22 Bebauungsplan Nr. 54.4 "Innenstadt Nord - Teilbereich
Rosenstraße/Klostergasse"
hier: Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses vom 27.09.2012
Vorlage: VO/0299/2015
- 23 Bebauungsplan Nr. 123.1 "Alte Gärtnerei"
hier: Aufstellungsbeschluss gem. § 2 (1) Baugesetzbuch (BauGB) i. V. m. § 13 a
BauGB
Vorlage: VO/0297/2015
- 24 3. Änderung der Kanalanschlussbeitragsatzung der Stadt Ahlen
Vorlage: VO/0184/2015
- 25 Anträge und Anfragen
- 25.1 Antrag der SPD-Fraktion vom 18.08.2015
hier: Fortlaufend aktuelle Beklebung der Litfaßsäule vor dem Rathaus
Vorlage: VO/0296/2015
- 25.2 Anfrage der BMA-Fraktion vom 1. September 2015
hier: Kosten des Bürgerentscheids "Straßennamen"
Vorlage: VO/0315/2015

Die Beratungsunterlagen können im Ratsinformationssystem ALLRIS abgerufen werden.

Aus Anlass meiner letzten Ratssitzung möchte ich Sie herzlich im Anschluss an diese Sitzung zu einem kleinen Umtrunk ins Foyer auf der Sitzungsetage des Rathauses einladen.

Mit freundlichen Grüßen



Benedikt Ruhmüller

STADT TELGTE

Öffentliche Bekanntmachung

Erlass einer Satzung über die Veränderungssperre für das Bebauungsplangebiet "Orkotten I" der Stadt Telgte

Der Rat der Stadt Telgte hat in seiner Sitzung am 22.09.2015 die nachstehende Satzung über den Erlass einer Veränderungssperre für das Bebauungsplangebiet „Orkotten I“ gemäß § 14 BauGB beschlossen.

Satzung

über die Veränderungssperre für das Bebauungsplangebiet „Orkotten I“ der Stadt Telgte vom 22.09.2015

Der Rat der Stadt Telgte hat in seiner Sitzung am 22.09.2015 aufgrund der §§ 14 und 16 des Baugesetzbuches (BauGB) vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414) in der derzeit aktuellen Fassung sowie der §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NRW. S. 666) in der derzeit aktuellen Fassung folgende Veränderungssperre als Satzung beschlossen:

§ 1

Anordnung der Veränderungssperre

Zur Sicherung der Planung im künftigen Geltungsbereich des Bebauungsplanes "Orkotten I" der Stadt Telgte wird eine Veränderungssperre angeordnet.

§ 2

Räumlicher Geltungsbereich der Veränderungssperre

Der räumliche Geltungsbereich dieser Satzung erstreckt sich auf das Bebauungsplangebiet „Orkotten I“ der Stadt Telgte und ist in dem beiliegenden Plan durch eine durchgehende Linie gekennzeichnet. Der Plan ist Bestandteil dieser Satzung.

§ 3

Inhalt und Rechtswirkungen der Veränderungssperre

(1) Im räumlichen Geltungsbereich der Veränderungssperre dürfen:

1. Vorhaben im Sinne des § 29 BauGB nicht durchgeführt oder bauliche Anlagen nicht beseitigt werden;
 2. keine erheblichen oder wesentlich wertsteigernde Veränderungen von Grundstücken und baulichen Anlagen, deren Veränderung nicht genehmigungs-, zustimmungs- oder anzeigepflichtig ist, vorgenommen werden.
- (2) Vorhaben, die vor dem In-Kraft-Treten der Veränderungssperre baurechtlich genehmigt worden sind, Vorhaben, von denen die Stadt Telgte nach Maßgabe des Bauordnungsrechts Kenntnis erlangt hat und mit deren Ausführung vor dem In-Kraft-Treten der Veränderungssperre hätte begonnen werden dürfen, sowie Unterhaltungsarbeiten und die Fortführung einer bisher ausgeübten Nutzung werden von der Veränderungssperre nicht berührt.
- (3) Wenn überwiegende öffentliche Belange nicht entgegenstehen, kann gemäß § 14 Absatz 2 BauGB von der Veränderungssperre eine Ausnahme zugelassen werden. Die Entscheidung hierüber trifft die Baugenehmigungsbehörde im Einvernehmen mit der Stadt Telgte.

§ 4

Inkrafttreten

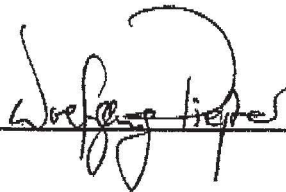
Die Satzung über die Anordnung der Veränderungssperre tritt mit der öffentlichen Bekanntmachung in Kraft (§ 16 Absatz 2 BauGB).

§ 5

Geltungsdauer

Für die Geltungsdauer der Veränderungssperre ist § 17 BauGB maßgebend.

Telgte, 23.09.2015
(Ort, Datum)



Übereinstimmungserklärung:

Gemäß § 2 Absatz 3 der Verordnung über die öffentliche Bekanntmachung von kommunalem Ortsrecht (Bekanntmachungsverordnung vom 26.08.1999 (GV. NRW. S. 516) in der derzeitigen Fassung wird bestätigt, dass der Wortlaut der Satzung über die Veränderungssperre für das Bebauungsplangebiet „Orkotten I“ der Stadt Telgte mit dem Ratsbeschluss vom 22.09.2015 übereinstimmt und dass nach § 2 Absatz 1 und 2 Bekanntmachungsverordnung verfahren worden ist.

Telgte, 23.09.2015

Stadt Telgte
Der Bürgermeister


Wolfgang Pieper

Bekanntmachungsanordnung:

Der vorstehende Beschluss zum Erlass einer Veränderungssperre für das Bebauungsplangebiet „Orkotten I“ gemäß § 14 BauGB wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Telgte, 23.09.2015

Stadt Telgte
Der Bürgermeister


Wolfgang Pieper

Die Satzung über die Veränderungssperre kann beim Fachbereich Planen, Bauen und Umwelt im Rathaus der Stadt Telgte, Baßfeld 4-6, 48291 Telgte, Zimmer 315, während der Dienststunden eingesehen werden. Jedermann kann die Veränderungssperre einsehen und über den Inhalt Auskunft verlangen.

Auf die Vorschriften des § 18 Absatz 2 Satz 2 und 3 BauGB über die Geltendmachung etwaiger Entschädigungsansprüche für eingetretene Vermögensnachteile durch die Veränderungssperre nach § 18 BauGB und des § 18 Absatz 3 BauGB über das Erlöschen der Entschädigungsansprüche bei nicht fristgemäßer Geltendmachung wird hingewiesen.

Es wird darauf hingewiesen, dass eine Verletzung der in § 214 Absatz 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 und Absatz 2 BauGB bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften beim Zustandekommen der Satzung nach § 215 Absatz 1 Nr. 1 bis 3 BauGB unbeachtlich ist, wenn die Verletzung nicht innerhalb von einem Jahr seit dieser Bekanntmachung

schriftlich gegenüber der Stadt Telgte unter Darlegung des die Verletzung begründenden Sachverhalts geltend gemacht worden ist.

Ferner wird darauf hingewiesen, dass gemäß § 7 Absatz 6 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666) in der derzeit aktuellen Fassung eine Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung gegen diese Satzung nach Ablauf eines Jahres seit ihrer Verkündung nicht mehr geltend gemacht werden, es sei denn,

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) diese Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- c) der Bürgermeister hat den Beschluss des Rates der Stadt Telgte vorher beanstandet oder,
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Stadt Telgte vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Telgte, 23.09.2015

Stadt Telgte
Der Bürgermeister



Wolfgang Pieper



PLANÜBERSICHT M 1 : 10.000

Aufnahme eines Aufgebotes

Der Gläubiger des in Verlust geratenen Sparbuches

Nr. 309092757

der Sparkasse Münsterland Ost hat dessen Kraftloserklärung beantragt.
Der Inhaber dieses Sparbuches wird hiermit aufgefordert, binnen drei Monaten,
gerechnet von dem u. g. Datum an, seine Rechte unter Vorlegung des Sparbuches
anzumelden; andernfalls wird das Sparbuch für kraftlos erklärt.

Münster, 16. September 2015
Sparkasse Münsterland Ost

Der Vorstand

**Satzung zur Änderung der Friedhofssatzung
für den Friedhof der Ev. Kirchengemeinde Beckum
vom 10.08.2015**

§ 1

Die Friedhofssatzung für den Friedhof der Ev. Kirchengemeinde Beckum vom 12. Dezember 2011 wird wie folgt geändert :

Es wird ein neuer § 13 A eingefügt :

B. §13 A	Wahlgrabstätten Kolumbarien
Abs.1	Die Friedhofsträgerin errichtet Kolumbarien mit verschließbaren Urnennischen und verschließt jede Urnennische mit einer Gedenktafel. Als Inschrift der Tafel werden Vor- und Nachname sowie Geburts- und Sterbedatum der Verstorbenen aufgenommen. Außer der von der Friedhofsträgerin angebrachten Gedenktafel darf kein weiteres Gedenkzeichen aufgestellt werden. Ein Anspruch Grabschmuck abzulegen besteht nicht. Die Friedhofsträgerin kann eine besondere Stelle ausweisen, an der Grabschmuck abgelegt werden kann. Die Friedhofsträgerin behält sich vor, den Grabschmuck von der besonderen Stelle in regelmäßigen Abständen zu entsorgen. Sofern Grabschmuck an einer nicht besonders ausgewiesenen Stelle abgelegt wird, wird dieser Grabschmuck von der Friedhofsträgerin abgeräumt und entsorgt. Eine Beisetzung in einem Kolumbarium kann nur auf schriftlichen Antrag erfolgen. Ein Anspruch auf Beisetzung besteht nicht.
Abs.2	In Kolumbarien mit Wahlgemeinschaftsgrabstätten können bis zu vier Urnen mit einem Durchmesser von 17 cm und einer Höhe von 30 cm beigesetzt werden. Die Anlage und Unterhaltung der Kolumbarien erfolgt für die Dauer der Nutzungszeit durch die Friedhofsträgerin. Nach Ablauf der Nutzungszeit werden die Urnen durch die Friedhofsträgerin aus den Urnennischen entnommen und an einem von der Friedhofsträgerin festgelegten Ort auf dem Friedhof beigesetzt.

§ 2

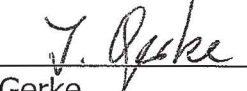
Diese Satzung tritt am Tag nach der Veröffentlichung in Kraft.

Beckum, den 10.08.2015

Ev. Kirchengemeinde Beckum




Dittmann, Pfarrer
1. Vorsitzender


Gerke
Presbyterin


Pohl-Ringkamp
Presbyterin



In Verbindung mit dem Beschluss des
Presbyteriums der Ev. Kirchengemeinde Beckum
vom 10. August 2015
kirchenaufsichtlich genehmigt.

Bielefeld, 31. August 2015



Evangelische Kirche von Westfalen
Das Landeskirchenamt
Im Auftrag

Martin Bock

**Satzung zur Änderung
der Friedhofsgebührensatzung
für den Friedhof der Ev. Kirchengemeinde Beckum
vom 11. Mai 2015**

§1

Die Friedhofsgebührensatzung für den Friedhof der Ev. Kirchengemeinde Beckum vom 18. August 2014 wird wie folgt geändert:

In § 4 wird nach Absatz 3 ein neuer Absatz 4 eingefügt:

„ (4) Wahlgemeinschaftsgrabstätten mit Nutzungsrecht einschließlich Unterhaltung durch die Friedhofsträgerin

- | | |
|--|------------|
| a) Urnenbeisetzung im Kolumbarium (Nutzungszeit 30 Jahre) | 2.500,00 € |
| b) Verlängerungsgebühr Urnenbeisetzung im Kolumbarium
je Urnennische und Jahr | 60,00 €“ |

In § 6 Abs. 1 wird nach dem Buchstaben d) ein neuer Buchstabe e) eingefügt:

„e) Urnenbeisetzung im Kolumbarium	78,00 €“
------------------------------------	----------

§2

Diese Satzung tritt am Tag nach der Veröffentlichung in Kraft.

Beckum, den 11. Mai 2015

Ev. Kirchengemeinde Beckum



U. Dittmann

Dittmann, Pfarrer

1. Vorsitzender

J. Gerke

Gerke

Presbyterin

P. Pohl-Ringkamp

Pohl-Ringkamp

Presbyterin



In Verbindung mit dem Beschluss des
Presbyteriums der Ev. Kirchengemeinde Beckum
vom 11. Mai 2015
kirchenaufsichtlich genehmigt.

Die §§ 4 - 8 (Gebührentarife) bleiben weiterhin befristet
bis zum 31. Oktober 2017 gültig.

Die staatsaufsichtliche Genehmigung ist aufgrund
der Verfügung der Bezirksregierung Münster
vom 13. April 2000 – Az.: 48.4.2 – erteilt.

Bielefeld, 31. August 2015



Evangelische Kirche von Westfalen
Das Landeskirchenamt
Im Auftrag

Martin Bock